



Der Lehrerberuf muss attraktiver werden!

Die dramatische Einstellungssituation, die von den Grundschulen bekannt ist, zeigt sich mittlerweile auch im Bereich der Sekundarstufe I an unseren Schulformen. Schwierige Bewerberzahlen sind nicht nur bei Fachlehrkräften, sondern auch bei klassischen Fächerkombinationen (Deutsch/Geschichte) keine Ausnahme mehr. Dieses Problem wurde durch das MSW lange bestritten. Der Hauptpersonalrat (HPR) hat immer mit Nachdruck auf die schlechte Bewerberlage hingewiesen, so dass das Grundproblem bei der Stellenbesetzung im Sek.-I-Bereich mittlerweile vom MSW geteilt wird.

Der HPR hat gegenüber dem Ministerium gefordert, dass der Lehrerberuf durch eine verbesserte Bezahlung („A 13 Z für alle“) und eine Senkung der Arbeitsbelastung wieder attraktiver gemacht werden muss, damit die Bedarfe gedeckt werden können.

Das Ministerium möchte Bewerber aus dem Sek.-II-Bereich in den Sek.-I-Bereich umlenken, hält zwar die Forderung nach einer einheitlichen Bezahlung von A 13 für verständlich, ist aber der Meinung, dass Bezahlung nicht alles sei und man mit anderen Pfunden wuchern müsse, z.B. dem sicheren Arbeitsplatz. Die hohe Befristungsquote im Schulbereich spricht jedoch eine andere Sprache.

Als Maßnahme gegen den Lehrkräftemangel wird an vielen Schulen auf den Seiteneinstieg („OBAS“, „Pädagogische Einführung“) zurückgegriffen. Da diese Schulen nicht nur die Qualifikation der Kolleg*innen leisten müssen, sondern auch durch die Freistellungsregelung für die außerschulische Qualifikation Stundenanteile verlieren, sind die Schulen doppelt belastet. Dem HPR ist z.B. eine Sekundarschule bekannt, an der der Seiteneinsteigeranteil bei 28 % liegt. Auf den ersten Blick ist eine gute Personalausstattung gegeben, tatsächlich entsteht an dieser Schule ein Stellenunterhang von zwei Stellen durch die dafür notwendigen Entlastungsstunden

den für die Qualifizierung. Deshalb vertritt der HPR gegenüber dem MSW, dass die Teilnahme an Zertifikatskursen, „OBAS“ und „Pädagogischer Einführung“ für die Schulen bedarfserhöhend erfolgen muss.

Die Praxis zeigt, dass Schulen mit ungünstigen Standortbedingungen (z.B. ländliche Gebiete) Schwierigkeiten haben, geeignetes Personal zu finden. Denkbar wäre ein vorgezogenes Einstellungsverfahren zur besseren Versorgung dieser Schulen mit Lehrkräften.

Das Ministerium schlägt ebenfalls vor, auf Studienabbrecher zurückzugreifen und Pensionäre weiter zu beschäftigen.

Der HPR hält diese Maßnahmen nicht für zielführend und fordert:

- A 13 Z für alle
- Seiteneinstieg und Teilnahme an Zertifikatskursen bedarfserhöhend für Schulen
- Verbesserung der Eingruppierung von Tarifbeschäftigten
- Verbesserung der Arbeitsbedingungen an den Schulen des gemeinsamen Lernens
- geeignete Werbemaßnahmen

Erfolg des HPR: Informationsanspruch der Lehrerräte gestärkt

- Wie ist die aktuelle Besetzungssituation an unserer Schule?“
- Wie viele Stunden stehen der Lehrerkonferenz zur Verteilung der „Anrechnungs-/ Entlastungsstunden“ zur Verfügung?“
- Wie hoch ist der Anteil der „Leitungszeit“ („Schulleitungspauschale“)?
- Gibt es zusätzliche Stellenanteile für den Zweck „Gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung“, die für eine schulinterne Stellenreserve genutzt werden können?

Immer wieder erreichten uns Anfragen einzelner Lehrerräte, ob sie nicht ein Recht darauf hätten, diese Informationen aus den regelmäßigen „Schulmitteilungen“ des „SchulInformations- und Planungssystems“ („SchIPS“) zu beziehen, welche die Schulleitungen erhalten. Nun hat das MSW auf unser Drängen hin klargestellt, dass die Lehrerräte einen Anspruch darauf hätten, diese Grundinformationen einsehen zu dürfen bzw. als Kopie zu erhalten.

Genauer kann man ggf. beim HPR oder den Personalräten bei den Bezirksregierungen erfragen.

Neues Mitglied im HPR

Seit dem 01.02.2017 ist die Kollegin **Birgit Hermann** (Gesamtschule Hagen-Haspe) aus dem HPR ausgeschieden. Wir danken ihr herzlich für die fast fünfjährige Arbeit in unserem Gremium. Als Nachfolgerin beginnt zu diesem Zeitpunkt die Kollegin **Monika Stangier** (Martin-Niemöller-Gesamtschule Bielefeld).

Sekundarschulen: Arbeitsbelastung senken!

Ein Themenschwerpunkt der letzten gemeinsamen Besprechung mit dem Staatssekretär war die Arbeitssituation an den Sekundarschulen.

Im Punkt Personalausstattung bemängelte der HPR, dass ca. 50 % der Sekundarschulen personell unterbesetzt sind und das vor dem Hintergrund, dass sich die Schulen im Aufbau befinden. Auch auf die nicht erfüllte Quote für SII Stellen (es fehlen ca. 150 Stellen) wies der HPR hin. Eine letzte Frage zur Personalausstattung bezog sich auf die fehlenden Chemie- bzw. Physik-Lehrer*innen an vielen Sekundarschulen.

Die Dienststelle bestätigte, dass die Besetzungssituation an den Schulen besser sein könnte, entgegnete aber, dass eine zwangsweise Zuweisung oder Versetzung keine Lösung sei. Steuerungsversuche durch die vorgezogenen Listenverfahren würden schon genutzt. Für die Fächer Chemie und Physik liegt die Lehrerversorgung leicht unter dem Schnitt, bestätigt

das MSW, doch würde sich die Situation durch den weiteren Aufbau der Sekundarschulen verbessern. Der HPR konnte erreichen, dass das MSW zusicherte, die Stellenzuweisung der SII-Stellen zu prüfen.

Wir haben auch auf das Problem aufmerksam gemacht, dass viele Stellen im Bereich der Schulleitung aber auch der erweiterten Schulleitung wie Abteilungsleitung oder didaktische Leitung nicht besetzt sind und so eine erhöhte Belastung auf die Kollegen*innen zukommt. Das MSW bestätigte, dass trotz attraktiver Besoldung die Bewerberzahlen nicht wie gewünscht ausfallen würden. Zum Teil sind Stellen mit Rücksichtnahme auf auslaufende Schulen noch nicht besetzt worden. Trotzdem teilt die MSW das Grundanliegen auf eine vollständige Besetzung dieser Stellen und will das Stellenbesetzungsverfahren optimieren.

Im Bereich Inklusion und Integration sind Sekundarschulen besonders belastet und dies bei schlechter Personalausstattung. Mit einer „Förderquote“ von 7,6% belegt die Sekundarschule einen „Spitzenplatz“. Das MSW bestätigt, dass die absoluten Zahlen der Schüler*innen mit Förderbedarf wachsen; dies sei durch Hauptschulschließungen und das Elternwahlrecht bedingt. Trotzdem bestätigt das MSW, dass Inklusion nicht zu Lasten einer Schulform gehen kann. Der HPR führt aus, 7,6% heiße pro Klasse 3 Kinder mit ausgewiesenem sonderpädagogischem Unterstützungsbedarf und hat vorgeschlagen die Zahl auf 2 Kinder pro Klasse zu begrenzen.

Die Sekundarschulen sind eine Schulform im Aufbau mit engagierten, motivierten und stark belasteten Kollegen*innen die eine tolle Arbeit leisten und die an ihrer Schule individuellen Probleme meistern. Der HPR hat das MSW auf aktuelle Situationen aufmerksam gemacht. Auch dem MSW ist es bewusst, dass Nachbesserungen unumgänglich sind. Die sich daraus ergebende neue Entwicklung muss abgewartet werden und die Sekundarschulen müssen die Möglichkeit erhalten, sich weiter zu entwickeln. Wir als HPR begleiten diese Entwicklung und suchen in regelmäßigen Abständen den Austausch mit dem MSW.